

Nr. 13/08 vom 27.10.2008

## **Die energiepolitischen Ziele der französischen EU-Ratspräsidentschaft**

**Berlin. Die energiepolitischen Ziele der laufenden französischen EU-Ratspräsidentschaft waren Thema des Internationalen Energiedialoges des Forum für Zukunftsenergien. Nach einem Überblick über die breite energiepolitische Themenpalette durch Anne-Laure de Coincy (Secrétaire Générale Adjointe des Affaires Européennes) stand der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel im Fokus der Diskussion mit Staatssekretär Jochen Homann (Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie) und Dr. Utz Tillmann (Verband der Chemischen Industrie).**

Zu Beginn ihrer Ausführungen erinnerte Frau de Coincy daran, dass die energiepolitischen Ziele der französischen EU-Ratspräsidentschaft sich aus den Vorgaben, die während der deutschen Präsidentschaft im Jahr 2007 getroffen wurden, ergeben. Diese lauten: Reduzierung der Treibhausgasemissionen bis 2020 um mind. 20% bzw. 30 %, Erhöhung des Anteils der Erneuerbaren Energien am Energieverbrauch der EU bis 2020 auf 20% und Verbesserung der Energieeffizienz bis 2020 um 20%. Ein entsprechendes Klima- und Energiepaket wurde von der europäischen Kommission im Januar 2008 vorgestellt und beinhaltet vier Vorschläge: die Überarbeitung der existierenden Emissionshandelsrichtlinie, der Beschluss über die Aufteilung der Anstrengungen unter den Mitgliedstaaten in den Bereichen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, die Rahmenrichtlinie für Erneuerbare Energien und die Richtlinie über die geologische Speicherung von CO<sub>2</sub>. Diese Ziele hätten auch trotz der aktuellen Finanzkrise weiterhin Bestand, da sie sehr langfristig angelegt seien.

Frau de Coincy verdeutlichte, dass die Arbeiten am EU-Klima- und Energiepaket unter einem enormen Zeitdruck stünden: Bis zur UN-Klimakonferenz solle das Paket beschlossen sein, um der EU dort ein glaubwürdiges Auftreten und eine gute Verhandlungsposition zu ermöglichen. Hinzu komme die Tatsache, dass das Europäische Parlament im März 2009 das letzte Mal vor der Wahl im Juni 2009 tage und die Einigungen deshalb bis dahin erzielt sein sollten.

Für die französische EU-Ratspräsidentschaft hätten sich damit zwei Prioritäten im Hinblick auf die Energiepolitik ergeben: Die Weiterverhandlung des Klima- und Energiepakets und die Energieversorgungssicherheit.

Zum Thema „Energieversorgungssicherheit“ nannte Frau de Coincy folgende Stichpunkte: Fertigstellung des Legislativpakets über den Binnenmarkt von Elektrizität und Gas vor Ende der Legislaturperiode,

Beschleunigung des europäischen Aktionsplans für Energieeffizienz und des Strategieplans für Energietechnologie, entschlossene Fortsetzung der Diversifizierung der Energiegewinnung, besser funktionierender Markt durch größere Transparenz bei den Energieflüssen und -vorräten und besserer Austausch über den langfristigen Bedarf und langfristige Ressourcen, Entwicklung von Krisenmechanismen, Verstärkung und Fertigstellung kritischer Infrastrukturen (insb. der transeuropäischen Netze für den Energietransport und der Flüssiggasterminals), „Gipfeltreffen“ zwischen EU und Drittländern.

Bezüglich des Energie- und Klimapaketes habe es eine komplexe Aufgabenstellung gegeben, nämlich die Einigung zwischen Rat und Parlament über die Vorschläge vor Ende 2008 in Form eines kohärenten Paketes herbeizuführen, so dass die Vorschläge noch innerhalb der laufenden Legislaturperiode, spätestens jedoch Ende 2009 angenommen werden können.

In einigen Bereichen des Paketes sei man sehr gut vorangekommen. Hierzu gehörten die Erneuerbaren Energien und die Fragen um die Speicherung von CO<sub>2</sub>. Zum letzteren Thema müsse nun die Frage der Finanzierung der zwölf Demonstrationsanlagen, die bis 2015 gebaut werden sollen, geklärt werden.

Zu dem Bereich, in dem es zwar nur noch wenige, allerdings äußerst schwierige Fragen zu klären gelte, gehöre der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel. Hier sei eine Antwort auf das Problem der Verlagerung von CO<sub>2</sub>-Emissionsquellen zu finden. Die Verhandlungen dazu würden in den nächsten Wochen auf der Ebene der ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten geführt. Darin sollten z. B. die Branchen identifiziert werden, für die eine mögliche Verlagerung zu befürchten sei. Offen sei die Frage, ob die Kriterien für die Festlegung der Branchen in diesem Jahr zwischen den Mitgliedstaaten und dem Europäischen Parlament festgestellt werden oder ob die Kommission im nächsten Jahr im Komitologie-Verfahren entscheidet. Die Kommission hatte ursprünglich vorgeschlagen, dass im Jahr 2010 über die Branchen und im Jahr 2011 über die Maßnahmen entschieden werden soll. Die Regierung Frankreichs wie auch andere Mitgliedstaaten fänden das allerdings zu spät. Weitere Diskussionen würden u.a. über die Maßnahmen (z.B. kostenlose Zuteilung der Zertifikate) und über die Verwendung der Einnahmen geführt.

In der Diskussion unterstrich Staatssekretär Jochen Homann, dass er den Emissionshandel zwar für ein hervorragendes Instrument halte, er jedoch die Sorge um die Verlagerung der Industrien teile. Es sei wichtig, dass bereits jetzt klare Absprachen getroffen werden und die Wirtschaft nicht erst im Jahr 2010 oder 2011 erfährt, was auf sie zukommt. Gerade angesichts der gegenwärtigen schwierigen wirtschaftlichen Lage sei das nicht zu vertreten. Er sprach sich für eine Gratiszuteilung der Zertifikate für alle Bereiche aus, denen die Verlagerung der Produktion drohe. Das Bundeswirtschaftsministerium habe entsprechende Vorschläge unterbreitet. Seiner Meinung nach sollte zu diesem Zeitpunkt noch nicht entschieden werden, wozu die Erlöse aus der Auktionierung verwendet werden, da dieses möglicherweise das Engagement derjenigen, die nicht davon profitieren, negativ beeinflussen könnte. Er äußerte die Sorge, dass bilaterale Gespräche dazu führen könnten, dass die einzelnen Mitgliedstaaten untereinander ausgespielt würden.

Dr. Tillmann verdeutlichte nachdrücklich, dass seine Branche mit ihren Produkten und Verfahren zum Klimaschutz beitrage. Sie akzeptiere die klimapolitischen Ziele der EU und das Instrument des Emissionshandels. Er bezweifelte jedoch, dass die Auktionierung der richtige Weg sei einen Beitrag zum Klimaschutz zu erzielen und unterstrich, dass im Ergebnis lediglich die Unternehmen zusätzlich finanziell belastet würden. Seiner Meinung nach sei eine Lenkungswirkung auch über die Verknappung der Zertifikate möglich. Als weiteres Problem nannte er die Gefahr, dass der Handel mit Zertifikaten zu einem spekulativen Objekt werden würde und sich die Zertifikate so weiter verteuern. Dr. Tillmann gab zu bedenken, dass von einer Abwanderung der Produktion nicht nur die Industrien selbst, sondern auch die nachfolgenden Wertschöpfungsketten betroffen wären.

Anschließend beteiligten sich die ca. 100 anwesenden Gäste an der Diskussion.

#### Hinweis:

Das Forum für Zukunftsenergien lädt am 12. November 2008 zur Konferenz „Kosten des CO<sub>2</sub>-Emissionshandels – Folgen für die deutsche Wirtschaft“ in Berlin ein. Das Programm finden Sie auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien.

Der nächste Internationale Energiedialog findet am 24. November 2008 in Berlin zum Thema „Speicherung von CO<sub>2</sub>: Erfahrungen in Australien – beispielhaft für Deutschland?“ statt. Das Programm finden Sie ebenfalls auf der Homepage des Forum für Zukunftsenergien.

Für beide Veranstaltungen ist eine Anmeldung unbedingt notwendig. Die Teilnahme ist nur mit Anmeldebestätigung möglich.

#### **Über das Forum für Zukunftsenergien e.V.**

Das Forum für Zukunftsenergien ist die einzige branchenneutrale und parteipolitisch unabhängige Institution der Energiewirtschaft im vorparlamentarischen Raum in Deutschland. Der eingetragene Verein setzt sich für erneuerbare und nicht-erneuerbare Energien sowie rationale und sparsame Energieverwendung ein. Ziel ist die Förderung einer sicheren, preisgünstigen, ressourcen- und umweltschonenden Energieversorgung. Der Verband hat ca. 200 Mitglieder aus der Industrie, der Energiewirtschaft, Verbänden, Forschungs- und Dienstleistungseinrichtungen sowie Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung.

Im Internationalen Energiedialog werden aktuelle nationale Entwicklungen im internationalen Kontext diskutiert. Ausgangspunkt ist die Tatsache, dass energiepolitische Wichenstellungen zunehmend durch G8-Mitglieder oder die EU vorgenommen werden und internationale Energiebedarfs- und Produktionstrends sowie Energietechnologieentwicklungen die Optionen für deutsche Akteure beeinflussen.

#### **Kontakt:**

Katja Freitag  
Referentin  
Forum für Zukunftsenergien e.V.  
Stralauer Platz 33-34  
10243 Berlin

Tel.: 030 / 72 61 59 98 - 5  
Fax: 030 / 72 61 59 98 - 9  
freitag@zukunftsenergien.de  
[www.zukunftsenergien.de](http://www.zukunftsenergien.de)